

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

6.1.1925 (No. 4)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Kunze
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühren 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipatorische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Bezeichnung und Konturveränderung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in unserer Lieferanten, hat der Inzident keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

* Zur politischen Lage

Vergleicht man das Verhalten und die Tonart, deren sich die Alliierten uns gegenüber zurzeit befleißigen, mit den Behandlungsmethoden, wie sie in den ersten Jahren nach dem Kriege üblich waren, so ergibt sich allerdings ein wesentlicher Fortschritt. Und wir wären töricht, wenn wir diesen Fortschritt nicht gebührend anerkennen und in Rechnung stellen wollten. Vergleicht man dann jedoch dieses selbe Verhalten und diese selbe Tonart mit dem, was sonst im Verkehr großer Nationen Brauch ist, oder gar mit der Vorkriegsperiode, so muß man leider die Feststellung machen, daß sich die Alliierten noch immer nicht daran gewöhnt haben, Deutschland diplomatisch als gleichberechtigten Faktor zu betrachten. Was die Alliierten uns jetzt mit ihrer Note in Sachen der Entwaflung zu bieten wagen, ist jedenfalls so gear- tet, daß keine andere Großmacht auf der Welt es sich gefallen lassen könnte. Uns bietet man es. Denn wir sind ein besiegtes Volk und zudem entwaflnet. Und schließlich befinden wir uns einer solchen Überzahl von Mächten gegenüber, daß auch unter normalen Umständen gewalttätiger Widerstand nutzlos wäre.

Das deutsche Volk kann eine solche Behandlung auf die Dauer nicht ertragen. Überschreiten die Alliierten fortgesetzt die Grenzen des Anstands und der Gerechtigkeit und gefallen sie sich weiterhin in Akten bewußter Demütigung und Vergewaltigung, so kann es nicht ausbleiben, daß die friedlichen Beziehungen völlig verwirrt werden. Vom Standpunkt einer europäischen Friedenspolitik aus gesehen, ist die Aktion der Alliierten absolut unbegreiflich. Und zwar auch dann unbegreiflich, wenn sich faktisch herausstellen sollte, daß den einflussreichen sehr allgemein und unbefristet gehaltenen Beschwerden der Note die und da gegenständliche Momente zugrunde liegen.

Die Sache ist doch so, daß wir zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern über ein Minimum von militärischer Kraft verfügen müssen. Die Alliierten sind schon aus wirtschaftlichen Gründen an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Deutschland lebhaft interessiert. Ferner aber kann man doch die Entwaflung eines Sechzigmillionen-Volkes nicht nach dem Millimeter-Maßstab beurteilen. Sollte wirklich ein Mitglied der internationalen Kontrollkommission den Mut haben, zu behaupten, daß das, was die Kontrollkommission in Deutschland gesehen und beobachtet hat, die Befürchtung gestattet, das deutsche Volk könne sich einen regelrechten Krieg leisten? Wir sind überzeugt, daß kein vernünftiger Mensch auf der Welt animmt, Deutschland könne mit seinem kleinen Heer von 100 000 Mann und mit seinem lächerlich geringen Rüstungsmaterial einen modernen Krieg führen!

Aber auch die einzelnen, zunächst nur ganz summarisch gehaltenen Beschwerden sind bereits vom Reichswehrminister in einer durchaus glaubhaften Form zurückgewiesen worden. Und man kann deshalb nur gespannt sein auf den offiziellen Bericht der Kontrollkommission, dessen Erscheinen ja für die nächste Zeit angekündigt ist.

Für die Alliierten war das Ganze lediglich ein willkommener Vorwand, um die klagliche Frage der Räumung Kölns zunächst einmal umgehen zu können. Gewiß ist es richtig, daß nach einer solchen Räumung die französischen Truppen im Ruhrrevier militärisch gewissermaßen in der Luft hängen würden. Die einfachste Lösung wäre aber dann doch wohl die gewesen, daß die Alliierten uns erklärt hätten: „Wir haben an dem Vollzug Eurer Entwaflung noch dies und jenes auszu- sehen. Solt diese Verhältnisse schnelligst nach, etwa bis zum 1. März oder bis zum 1. April, und dann werden Kölner Zone und Ruhrrevier gleichzeitig geräumt werden.“ Dem Wortlaut des Friedensvertrags von Versailles würde das zwar auch nicht entsprechen, aber die Aussicht auf eine frühere Räumung des Ruhrreviers hätte uns immerhin veranlassen können, einen solchen Vorschlag zu prüfen.

Die Alliierten haben so nicht gehandelt, sie haben sich auf den schroffsten Standpunkt gestellt, den sie nach Lage der Dinge einnehmen konnten, und haben damit von neuem Gift in den Becher geschüttet, den Deutschland nun einmal zusammen mit ihnen zu leeren hat. Dabei haben sie sich nicht geschämt, einen Vertragsbruch zu be- gehen. Denn die rechtliche Begründung ihres Vorgehens ist zu fadensteinig, als daß sie juristisch ernst genommen werden könnte. Der Grundsatz, daß Gewalt vor Recht

geht, ist uns hier jedenfalls wieder einmal mit aller Schonungslosigkeit vor Augen geführt worden.

Welche Konsequenzen Deutschland aus diesem Vorgehen der Alliierten zu ziehen haben wird, das zu bestimmen ist Sache der Reichsregierung. Eine solche Reichsregierung haben wir aber bis zur Stunde noch nicht. Das „über- parteiliche Kabinett“ ist noch nicht zustande gekommen, da die beiden der deutschnationalen Partei nahestehen- den Persönlichkeiten, die Herren Neuhaus und von Kries, abgelehnt haben. Inzwischen ist auch die Regierung- krisis in Preußen in Fluß gekommen, und zwar auch dort durch die Initiative der Deutschen Volkspartei, die sich an der großen Koalition in Preußen nicht mehr be- teiligen will. Man gedenkt nun, wie aus Berlin ge- meldet wird, die Erledigung der preußischen Krisis ab- zuwarten, um dann das Reichskabinett zu bilden. Soffentlich läßt sich die preußische Krisis in einigen Tagen lösen.

Baden kann naturgemäß in allen diesen Dingen offi- ziiell nur eine **Politik verständnisvoller Zurückhaltung** befolgen. Die Dinge in Berlin sind wahrlich kompliziert genug. Wollte eine jede Landesregierung mit großem Getöse ihre besondere Meinung zum Ausdruck bringen, so würde das bei der verschiedenartigen Zusammenfassung der Landesregierungen nur die Dinge noch mehr durch- einander bringen. Daß wir in Baden mit vaterländi- scher Gewissenhaftigkeit und pflichtbewußtem Ernst die allgemeine politische Entwicklung verfolgen, ist genau so bekannt, wie die Tatsache, daß das badische Volk mit seiner Regierung treu zum Reiche hält und sich in je- rem nationalen Fühlen von niemandem übertreffen läßt.

Das hat auch Staatspräsident Dr. Hellpach bei seiner Neujahresansprache betont. Und wenn er bei der gleichen Gelegenheit von neuem ein überzeugendes und mitfort- reichendes Bekenntnis zum demokratisch-republikanischen Staat ablegte, so ist auch das etwas, was durchaus dem Reichsgedanken entspricht. Dieser Reichsgedanke ist verfassungsrechtlich durch die republikanisch-demokratische Form festgelegt. Und es ist sonach nicht nur das Recht, sondern die Pflicht einer Landesregierung, die treu zum Reiche halten will, sich zu der Verfassung zu bekennen, die nun einmal die Verfassung dieses Reiches ist. Und das wird auch von der überwiegenden Mehrheit des badischen Volkes vollkommen verstanden und gebilligt werden.

Das badische Volk hat schließlich sehr wohl ein Gefühl dafür, daß es für uns nur in jeder Hinsicht angenehm sein kann, daß niemand die Reinheit unserer Weste in verfassungspolitischen Dingen bezweifeln kann. Und der im tiefsten Innern demokratische Sinn der südwestdeut- schen Bevölkerung bürgt uns dafür, daß jede mannhafte Bekundung einer Überzeugung mit ehrlichem Anstand ge- wertet wird. Umso tadelnswerter ist es, wenn Redak- teure, die aus dem Norden kommen und sich in die ba- dischen Verhältnisse noch nicht recht eingelebt haben, an einer Ansprache Kritik üben, die nicht nur jeder ehrliche Demokrat, sondern auch jeder freiheitsliebende Staats- bürger schlechthin nur begrüßen kann.

Der Reichshaushaltsplan für 1924

Dem Reichstag ist der erweiterte Haushaltsplan für 1924 zugegangen. Bekanntlich ist ein Haushaltsplan für 1924 schon von dem vorhergehenden Reichstag bearbeitet wor- den. Die Vorlage blieb aber dann im Hauptauschluß stecken, ohne erledigt zu werden. Es machten sich inzwischen so viele Ergänzungen notwendig, daß eine vollständige Neuaufstel- lung des Haushaltsplanes für 1924 erforderlich wurde.

Im **ordentlichen Haushalt** werden an Einnahmen für die allgemeine Reichsverwaltung festgesetzt: 5 358 021 844 Reichs- mark, an fortdauernden Ausgaben 5 105 333 189 RM., an einmaligen Ausgaben 356 688 675. Die Einnahmen über- steigen also die fortdauernden Ausgaben. Dieser Betrag wird zur Dedung der einmaligen Ausgaben verwendet. Im **außerordentlichen Haushalt** werden festgesetzt: An Einnah- men und Ausgaben 664 690 814.

Der Gesamthaushalt für die allgemeine Reichsverwaltung schließt also an Einnahmen und Ausgaben mit 6 022 712 658 RM. ab. Der Etat für die **Ausführung des Friedensvertra- ges** gleicht sich mit 1 033 186 667 aus. Für die Herstellung des Gleichgewichts in diesem Haushalt bestand ein Zusätz- licher Bedarf von 249 071 227 RM., der auf dem Wege der Anleihe aufgebracht werden soll.

Im Haushaltsgesetz ist u. a. festgelegt, daß nach Maßgabe des Reichshaushaltsplanes und der Personalabbauberord- nung von an sich beschreibbaren Planmäßigen Stellen nur je- zweite Stelle wieder besetzt werden dürfe, solange der Per- sonalabbau noch nicht erreicht ist. Außerdem sind in dem Haushaltsplan diejenigen Änderungen eingearbeitet worden, die durch die Ausführung des Londoner Abkommens mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 ab notwendig sind.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925 wird erst Ende der Woche vorgelegt werden.

Die Regierungsbildung im Reich

Suspension der Lage

Der Reichstag und der preußische Landtag sind am gestri- gen Montag gleichzeitig zusammgetreten, woraus allein schon der enge Zusammenhang zwischen der Regierungskrise im Reich und den preußischen Verhältnissen hervorgeht. Die Regierungsbank im Reichstag war leer, und das Ergebnis des Montags war eine Suspension der Lage, aus der bisher kein Ausweg gefunden ist. Die als Reichsministerkandidaten für das überparteiliche Kabinett genannten, den Deutschna- tionalen nahestehenden Dr. von Kries und Dr. Neuhaus haben abgelehnt. Überdies hat die Deutsche Volkspartei des preußischen Landtags bei einem Empfang der Fraktionsfüh- rer durch die Regierung erklärt, daß für sie eine Beteiligung an der großen Koalition nicht mehr in Betracht komme und den Rücktritt des Kabinetts verlangt. Der preußische Land- tag müsse einen neuen Ministerpräsidenten wählen. Im Reichstag waren die Rechtsparteien für Vertagung, bis die neue Regierung gebildet sei, während die Absichten der Re- publikanischen Parteien dahingehen, den Reichstag sogleich aktionsfähig zu machen, indem man ihn für Mittwoch zur Wahl des Präsidiums einberief.

Wie die Berliner Blätter zur Frage der Regierungsbil- dung im Reich betonen, werden nach der Ablehnung des deutschnat. Landtagsabg. v. Kries und des Ministerialdirektors Neuhaus die Verhandlungen vom Reichszentralrat fortgeführt. Wie die „Zeit“ erfährt, besteht kein Grund, sie für aussichts- los zu halten. Von den Blättern wird nochmals die enge Verbindung der Regierungsbildung im Reich mit der in Preußen hervorgehoben. Besondere Bedeutung wird von den Blättern der Entscheidung der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums beigemessen, ob die Partei auch ohne Regie- rungsbeteiligung der Deutschen Volkspartei in der Regie- rungskoalition verbleiben werde; denn eine solche Regierung würde zwar ein positives Vertrauensvotum nicht erzielen, jedoch würde es im Landtag auch keine Mehrheit für ein Misstrauensvotum geben.

Reichstagsöffnung

W.D. Berlin, 5. Jan.

Vor dem Reichstagsgebäude hatten sich in den heutigen Mit- tagsstunden zahlreiche Reugierige eingefunden, die jedoch von den postierten Sicherheitsbeamten von den Zufahrtsstraßen ferngehalten wurden. Die Ruhe und Ordnung ist jedoch nicht gefährdet worden. Die erste Sitzung des neuen Reichstags wies im Saal und auf den Tribünen starken Besuch auf. Nur auf den Plätzen der Kommunisten zeigten sich größere Lücken, weil viele Mitglieder dieser Fraktion noch durch Verhaftung oder Strafverfolgung ferngehalten werden. Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Parteien durch die Wahl zeigt sich darin, daß die Sitze der Sozialdemokraten fast bis in die Mitte des Saales reichen.

Um 8 1/2 Uhr eröffnete Alterspräsident, der sozialdemokra- tische Abg. Bod-Gotke die Sitzung. Seine ersten Worte wer- den von den Kommunisten unterbrochen durch Rufe, Amne- stie, Amnestie! Nach wenigen Minuten verstummen diese Rufe aber und der Abg. Bod kann ungehindert feststellen, daß er am 28. April 1916 geboren, also das älteste Mitglied des Hauses ist. Er beehrt als provisorischer Schriftführer die Abg. Schmidt-Reizen (Soz.) und Scholz-Frankfurt a. M. (Deutschnational).

Der Abg. Thaelmann (K.) ersucht ums Wort zur Geschäfts- ordnung. Alterspräsident Bod verweigert unter Protestrufen der Kommunisten und unter dem Beifall der Mehrheit die Wort- erteilung mit der Begründung, er habe lediglich die formelle Geschäftsführung bis zur endgültigen Konstituierung des Bü- ros, und er könne, bis das geschehen, das Wort zur Geschäfts- ordnung nicht erteilen. (Einige Kommunisten rufen „Un- erhört“). Abg. Thaelmann nimmt jedoch ruhig seinen Platz wieder ein.

Ohne Störung beginnt der Namensaufruf der Abgeord- neten. Während des Namensaufrufs betreten mehrere kom- munistische Abgeordnete den Saal, die damit erwartet haben, bis sie nach der Eröffnung der Sitzung durch ihre Immunität gegen die ihnen drohende Verhaftung geschützt wären. Der Namensaufruf wird ohne Störung beendet. Dann folgen ge- schäftliche Mitteilungen über eingegangene Vorlagen, der Er- nennung der Bevollmächtigten zum Reichstag usw.

Alterspräsident Bod stellt fest, daß 434 Abgeordnete an- wesend sind, der Reichstag also beschlußfähig ist. Er erteilt die nächste Sitzung auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr an mit der Tagesordnung: Wahl des Reichstagspräsidenten, der Vice- präsidenten und der Schriftführer.

Abg. Thaelmann (K.) erhält zur Tagesordnung das Wort und beantragt, daß auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung

Die kommunistischen Amnestieanträge

gesetzt werden. Zur Begründung führt er aus, es sei ein Skandal, daß Stresemann die vor der Annahme der Dawes- gesehe gegebenen Versprechen auf allgemeine Amnestie im Ruhrgebiet noch immer nicht erfüllt seien. Während die se- paratistischen Lumpen und Verräter amnestiert seien, mühten die Arbeiter, die im Ruhrgebiet gegen den französischen Im- perialismus kämpften, noch immer in den Gefängnissen schwachen. Der sozialistische Reichspräsident habe im Ran- deburger Prozeß seine konterrevolutionäre Haltung deutlich be- kundet. Selbst unter dem alten Regime wäre es nicht mög- lich gewesen, daß 7000 proletarische politische Gefangene in deutschen Gefängnissen schwächen.

Abg. Bertz (K.) beantragt weiter, für die nächste Sitzung die Beratung eines kommunistischen Antrags auf Freilassung

der in Untersuchungshaft befindlichen kommunistischen Abgeordneten auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. Scholz (D.D.): Wir gehen auf die sachliche Verurteilung der kommunistischen Anträge nicht ein, hatten aber ihre Beratung erst für möglich, wenn eine verhandlungsfähige Regierung vorhanden ist, die uns jetzt fehlt (Lärm bei den Kommunisten und Rufe: Das sagen die Regierungstürzer! Ist der Kuhhandel noch nicht fertig?). Wir halten auch die Wahl des Reichstagspräsidiums erst für zweckmäßig nach dem Zustandekommen der Regierung. Wir beantragen daher: Der Reichstag möge sich vertagen und den Alterspräsidenten ermächtigen, die nächste Sitzung einzuberufen, wenn eine Regierung zustande gekommen ist (Lärm bei den Kommunisten).

Abg. Müller-Franken (Soz.): Der Antrag auf Freilassung der gefangenen Reichstagsabgeordneten ist Sache des Reichstags, kann also unabhängig von der Regierungsbildung schon in der nächsten Sitzung beraten werden. Was die übrigen parlamentarischen Angelegenheiten betrifft, so wollen wir selbst einen Anknüpfungspunkt einbringen. Das ist aber eine Frage der Gesetzgebung, und die kann erst nach dem Zustandekommen einer Regierung entschieden werden. (Lärm bei den Kommunisten.) Mit der Wahl des Reichstagspräsidiums können wir nicht bis zur Regierungsbildung warten. Wir schließen uns hier dem Vorschlag des Alterspräsidenten an.

Abg. Fehrenbach (Z.): Ich lege Verwahrung ein gegen die Art und Weise, wie der erste kommunistische Redner die Person des Reichspräsidenten in die Debatte gezogen hat. (Rufe rechts: Ausgerechnet Fehrenbach als Ebert-Verteidiger.) Wir sind für den Vorschlag des Alterspräsidenten, daß am Mittwoch die Reichstagswahl stattfindet. Wenn das geschehen ist, kann der Antrag auf Freilassung der verhafteten Abgeordneten in üblicher Weise dem Geschäftsausschuss überwiesen werden. Der allgemeine Anknüpfungspunkt kann später zur Verhandlung kommen.

Abg. Erkelens (Dem.): Ich schließe mich für die demokratische Fraktion dem Standpunkt des Zentrums an.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dittmann (Soz.) und Schalem (Komm.) wird gegen die Rechte beschloffen, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am Mittwoch als ersten Punkt die Wahl des Reichstagspräsidiums, als zweiten Punkt den kommunistischen Antrag auf Freilassung der verhafteten Abgeordneten zu setzen. Die weiteren kommunistischen Anträge werden gegen die Antragsteller abgelehnt. Schluß gegen 5 Uhr.

Die Fraktionsitzungen

Die am Montag im Reichstag vor der Plenarsitzung abgehalten wurden, beschäftigten sich im wesentlichen mit den formalen Vorbereitungen für die bevorstehenden Reichstagsitzungen. Von der deutschen Volkspartei wird, wie wir hören, ein Antrag vorbereitet, die Wahl des Reichstagspräsidiums, bis nach der Bildung der neuen Reichsregierung zu verschieben; die Deutschnationalen würden einem solchen Wunsche zustimmen. Die Deutschnationalen werden voraussichtlich wieder den Abg. Wallraf für den Reichspräsidentenposten präsentieren, einen formellen Beschluß in dieser Richtung haben sie jedoch noch nicht gefaßt. Die Sozialdemokraten haben bekanntlich schon vor Weihnachten beschloffen, den Abg. Loebe von neuem für das Amt des Reichstagspräsidenten zu benennen und als stärkste Fraktion auf dessen Wahl Anspruch zu erheben. Die demokratische Fraktion bereitet ebenfalls eine Reihe von Anträgen vor.

Die Mitgliederzahl der Reichstagsfraktionen

Das erste Mitgliederverzeichnis des Reichstages bringt die endgültige Feststellung der Stärke der einzelnen Fraktionen. Danach verteilen sich die 493 Mitglieder des Reichstages wie folgt:

Sozialdemokraten 181 Mitglieder, Deutschnationaler Volkspartei 111 Mitglieder, Zentrum 69 Mitglieder, Deutsche Volkspartei 51 Mitglieder, Kommunisten 45 Mitglieder, Demokraten 32 Mitglieder, Wirtschaftliche Vereinigung (einschließlich des Bayerischen Bauernbundes und der Deutschhannoveraner) 21 Mitglieder, Bayerische Volkspartei 19 und Nationalsozialistische Freiheitspartei 14.

Mitglieder, die keiner Fraktion angehören, gibt es im neuen Reichstage nicht. Nach der neuen Geschäftsordnung ist Voraussetzung für die Anerkennung als Fraktion allerdings der Zusammenschluß von 15 Mitgliedern. Die Volklichen werden demnach nicht als Fraktion anerkannt werden können.

Der neugewählte preußische Landtag

wurde am Montag von dem Alterspräsidenten, Zentrumsabgeordneten **Verold**, eröffnet, der in seiner einleitenden Rede u. a. ausführte, nach Annahme des Londoner Abkommens habe man geglaubt, daß zukünftig ein Geist der Versöhnung und Verständigung seitens der alliierten Mächte Deutschland und Preußen gegenüber walten würde. Nun solle aber die Räumung der Kölner Zone nicht zu der festgesetzten Zeit vorgenommen werden, obwohl Deutschland vollständig entwaffnet ist. Als erste Forderung erhebe der Landtag Einspruch wegen der Nichträumung, wolle aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Entwidlung zu einer Verständigung führe. — Der kommunistische Winterlich erklärte sodann, daß sich die Kommunisten der Proklamation des Alterspräsidenten nicht anschließen und verlangen unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen.

Gegen den kommunistischen Antrag auf sofortige Beratung der Anknüpfungspunkte wurde Widerspruch erhoben. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag festgesetzt.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Wie der Pariser Vertreter des **W.D.** erzählt, sind die Nachrichten in der französischen Presse zureichend, wonach die deutschen Sachverständigen der Schwerindustrie ihren französischen Kollegen mitgeteilt haben, daß ihnen bei der Unsicherheit der Lage die Fortführung der auf den 7. Januar in Aussicht genommenen privaten Wirtschaftsverhandlungen augenblicklich nicht möglich erscheint. Jedoch würde ein Vertreter der Schwerindustrie zu dem verabredeten Termin in Paris ein treffen, um bei den Delegationsverhandlungen als Sachverständiger die erforderlichen Auskünfte zu geben. Die Verhandlungen der beiderseitigen Sachverständigen auf den anderen Gebieten werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Der Prozeß gegen Saboul. Vor dem Kriegsgericht in **Dr. Leans** wird am 12. Januar gegen den vor einigen Wochen in Paris festgenommenen ehemaligen französischen Hauptmann, jetzigen kommunistischen Saboul, der wegen Fahnenflucht im Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war, begangen. Die erste Sitzung wird nur formalen Charakter haben und sich nur mit der Identifizierung des Angeklagten beschäftigen. Wie verlautet, beabsichtigen die Verteidiger Sabouls, dessen Freilassung zu verlangen. Saboul zufolge wird die Bornuntersuchung, so schnell sie auch geführt werden soll, wenigstens 2 Monate dauern.

Der Journalist **Walter Dehne** hat sich nach seiner Ausweisung aus Paris den deutschen Behörden gestellt und verbüßt gegenwärtig in **Kottbus** die restlichen sieben Monaten seiner Gefängnisstrafe, die er wegen Landesverrats erhalten hatte.

Die Nichträumung der Kölner Zone

Die Überreichung der Entente

Die Botschafter Englands, Frankreichs und Japans und der belgische Gesandte haben Montag mittig in Berlin im Auftrag ihrer Regierungen dem Reichskanzler die Kollektionsnote über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone übergeben. Der englische Botschafter als Rangältester wies, ohne die Note zu verlesen, auf ihre besondere Bedeutung sowie auf die Tatsache hin, daß sie von den alliierten Regierungen selbst ausgehe. Zugleich hob er hervor, daß in der Note eine weitere Mitteilung der alliierten Regierungen angekündigt werde, die der deutschen Regierung zugehen werde, sobald der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission erflattet sei.

Der Reichskanzler nahm die Note entgegen und erklärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen werde. Im übrigen beschränkte er sich auf die Bemerkung, daß allerdings über die Bedeutung der Note kein Zweifel bestehen könne und daß er sie dem Reichskabinett vorlegen werde.

Der Wortlaut der Note

Die Kollektionsnote der Alliierten lautet in deutscher Übersetzung:

Artikel 428 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 besagt, daß, um die Ausführung des genannten Vertrags durch Deutschland sicher zu stellen, die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraumes von 15 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt bleiben.

Gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 wird die in Artikel 428 vorgesehene Besetzung, wenn die Bedingungen des genannten Friedensvertrages von Deutschland getreulich erfüllt werden, nach und nach bei Ablauf der ersten 5, dann der ersten 10 Jahre eingeschränkt werden.

Schon jetzt sind die alliierten Regierungen in der Lage, der deutschen Regierung, ohne den 10. Januar 1925 abzuwarten, mitzuteilen, daß sie den Beweis dafür erhalten haben, daß Deutschland die in Artikel 429 vorgesehene Bedingungen nach nicht erfüllt hat und bis zu diesem Datum nicht wird erfüllt haben können, um der Begründung der Bestimmungen über die vorzeitige teilweise Räumung teilhaftig zu werden.

So sind, wenn man nur den Teil 5 des Vertrags in Betracht zieht, die von der interalliierten Militärkontrollkommission trotz gewisser Widerstände, denen sie begegnet ist, gemachte Nachrichten über den Stand der Ausführung der militärischen Bestimmungen hinsichtlich um diese Entscheidung der alliierten Regierungen zu begründen.

Es sind 3. B., um nur einige wesentliche Punkte unter den schon bekannten Umständen hervorzuheben, die folgenden Feststellungen gemacht worden:

In Verletzung des Artikels 160 ist der große Generalstab der Armee in einer anderen Form wieder hergestellt worden.

In Verletzung des Artikels 174 sind Freiwillige auf kurze Zeit eingestellt und ausgebildet worden.

Entgegen dem Artikel 168 ist die Umwandlung der Fabriken für die Herstellung von Kriegsmaterial bei weitem noch nicht durchgeführt.

Entgegen den Artikeln 164 bis 169 sind bei der militärischen Ausrüstung festgesetzte übermäßige Bestände jeder Art vorhanden und es sind bedeutende unerlaubte Vorräte an Kriegsmaterial entdeckt worden.

Entgegen dem Artikel 163 sowie dem Beschluß der Konferenz von Boulogne vom 19. Juni 1920, hat die Amorganisator der staatlichen Polizei noch nicht begonnen.

Entgegen dem Artikel 211 hat die deutsche Regierung bei weitem noch nicht alle von den alliierten Regierungen in ihrer Note vom 29. September 1922 geforderten gesetzgeberischen Verwaltungsmassnahmen getroffen.

Die alliierten Regierungen rechnen übrigens mit dem baldigen Eintreffen des Berichts der interalliierten Kontrollkommission, der die gesamten Ergebnisse der im Gang befindlichen Generalinspektion wiedergibt.

Dieser Bericht wird es ihnen ermöglichen, zu bestimmen, was von Deutschland noch erwartet werden muß, damit seine Verpflichtungen auf militärischen Gebieten gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 als getreulich erfüllt betrachtet werden kann.

Eine weitere Mitteilung hierüber wird der deutschen Regierung später zugehen.

(gez.): G. della Païlle. P. de Margerie. Vossard. d'Abernon. Gonda.

Antwändigung einer deutschen Antwortnote

Zu der Note wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Die in der Note zusammengestellten Vorwürfe sind so allgemein gehalten und so wenig sachlich begründet, daß es an der Voraussetzung für eine sachliche Stellungnahme dazu fehlt. Die deutsche Regierung hält es daher für richtig, die Überlegung dieser Vorwürfe solange zurückzustellen, bis ihr die angeforderten näheren Mitteilungen gemacht sind und gibt dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß dies bald geschieht. Schon jetzt aber stellt die deutsche Regierung fest, daß der Stand der Entwaffnungsfrage nach ihrer Überzeugung auf keinen Fall eine so schwerwiegende Maßnahme wie die Verlängerung der Besetzung der ersten Rheinlandzone rechtfertigen kann. Im übrigen wird die deutsche Regierung in kürzester Frist ihren Standpunkt den alliierten Regierungen in einer Antwortnote mitteilen.

Berliner Pressestimmen

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert von der Reichsregierung, daß die Redialage völlig klar ausgearbeitet und der Vertragsbruch schonungslos gebrandmarkt werde. Das Blatt nennt die ganze Entwaffnungsfrage einen an den Haaren herbeigezogenen Vorwand, um ein aus ganz anderen Gründen und auf ganz anderem Hintergrund abgeschlossenes hochpolitisches Kompromiß zu bemänteln und einer rechtlichen Verletzung den Schein der Vertragsmäßigkeit zu verleihen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, Deutschland denke nicht daran, seinerseits den Vertragsbruch der Alliierten mit einem Gegenstück zu quittieren. Es werde keine finanziellen Verpflichtungen, die es im Londoner Abkommen auf sich genommen habe, auch weiterhin getreulich erfüllen; aber es werde mit um so größerem Nachdruck immer wieder darauf hinweisen müssen, daß die amerikanischen Urheber des Dawesplanes als Grundvoraussetzung für die Möglichkeit der Durchführung des Planes die Herstellung der deutschen Souveränität gefordert hätten.

Die „Germania“ bezeichnet die Note als eines der schwächsten Dokumente, die im Laufe der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und seinen Gegnern der deutschen Regierung zugegangen seien, aber gleichzeitig auch als eines der behauerlichsten, weil es das im Laufe des letzten Jahres mü-

jam wieder angebahnte Vertrauen aufs neue gefährde. Anstelle des gerechten Ausgleichs und der gegenseitigen Verständigung sei am fünften Jahrestag des Inkrafttretens des Friedensvertrages eine mit einem Heiligenschein pseudomoralischer Mentalität verhüllte Gewalt gesetzt worden.

Das „Tageblatt“ hebt hervor, daß im ganzen deutschen Volk ohne Unterschied der Partei einmütig der ungeheuerliche Versuch zurückgewiesen werde, aus niedrigen Vorwänden eine Verdüsterung von 2-3 Millionen Menschen noch über die im Versailles Vertrag festgesetzte Frist hinaus auf unbestimmte Zeit unter Fremdherrschaft zu stellen.

Ein Prozeß der deutschen Verbände

Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände nahm, wie aus Berlin gemeldet wird, in seiner Sitzung nach einem Vortrag von Professor **Winkelwand-Deibelberg** über die neuen englisch-amerikanischen Beiträge zur Kriegsschuldfrage, in der sich anschließenden Aussprache, in der u. a. Professor **Delbrück**, Graf **Montgelas** und das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses **Träger**, das Wort ergriffen hatten, eine Entschliebung an, in der im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone die Reichsregierung aufgefordert wird, gegen diese neue, unter kleinlichsten Vorwänden in Szene gesetzte Vergewaltigung eines wehrlosen Volkes schärfste Verwahrung einzulegen und zum Ausdruck zu bringen, daß die im Versailles Diktat erhobene Kriegsschuldfrage jeder Grundlage entbehre.

Prof. Förster assistiert den Alliierten

In den „Basler Nachrichten“ veröffentlichte Professor **Förster** einen längeren Artikel, in dem er unter bestigen Ausfällen gegen die offiziellen deutschen Darstellungen der Behauptungen der alliierten Regierungen über die deutsche Rüstungspolitik sowie den sogenannten Entwürfen des englischen Generals **Morgan** zustimmt. Förster schreibt u. a.: „Wie wenig das englische Volk gereizt ist, sich vor den Wagen irgendeines französischen Militarismus spannen zu lassen, dafür haben die letzten Jahre genügend Beweise erbracht. Man wird daher der „Times“ glauben dürfen, wenn sie ausdrücklich feststellt: Auf dem Gebiete der Entwaffnung ist Deutschland des bewußten Vertragsbruchs schuldig geworden.“

Die Redaktion des **Basler Blattes** tritt diesen Ausführungen ihres gelegentlichen Mitarbeiters selbst in einem ausführlichen Nachwort entgegen, indem sie zunächst erklärt: „Wären wir Reichsdeutsche, so würden wir uns sehr hüten vor einem Mann, der sein und unser Land nach den Methoden solcher Logik behandelt.“ Das Blatt stellt ferner fest, daß sowohl bei General **Morgan** als bei Professor **Förster** die Tendenz mit Händen greifen läßt, den Versailles Vertrag erstens zu interpretieren. Daselbst **Frankreich**, das die Separatisten befördert, finanziert und der deutschen Regierung an die Gurgel gefaßt hat, versucht zum Beispiel jetzt, die dadurch sich als notwendig erweisende Erziehung einer aktionsfähigen Gendarmerie als vertragswidrig hinzustellen und zwar weit über den Versailles Vertrag hinaus. Mit solchen Klünsten aber könne man nicht die Sympathien der deutschen Demokratie für eine berechtigte Kritik an den deutschen Rüstungsmassnahmen gewinnen. Die **Basler Nachrichten** schließen mit folgenden Worten: „Es ist ein furchtbarer Irrtum von Professor Förster, daß der deutschen Demokratie mit solchem Tun Luft geschaffen wird, wenn man identisch mit dem siegreichen Ausland ist und unter Luftschaffen die Bloßstellung der Regierung gemeint ist, die das Dawesabkommen abgeschlossen hat. Mit Zustimmung erzieht man nicht einmal einen verständigen Hund, geschweige denn ein verständiges Volk.“

Der Bericht der Kontrollkommission

W.D., London, 6. Jan. Neuer Bericht: Die Frage der Veröffentlichung des Berichts der interalliierten Kontrollkommission, der noch nicht eingegangen ist, müsse zwischen den verschiedenen Regierungen erwogen werden. Bisher sei noch keine Entscheidung darüber erzielt worden.

Politische Neuigkeiten

Eine parlamentarische Niederlage der württembergischen Regierung

Im Finanzanschuß des Württembergischen Landtags ergab sich bei der Beratung des Etats des Arbeitsministeriums eine kritische Lage der Regierung **Basille**. Die Abgeordneten **André** (Zentrum), **Reil** (Soz.) und **Scheff** (Dem.) brachten, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, den Antrag ein, die Staatsregierung zu erfragen, den Fragen der Lohnpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen im Sinne einer den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragenden Erhöhung der Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter und den Bestrebungen der Schlichtungsausschüsse auf mögliche Niedrighaltung der Arbeiterlöhne mit Nachdruck entgegenzuwirken, bei der Reichsregierung einzutreten für die baldige Schaffung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit, eine gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen und die Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Angestelltenrechtes bei allen Zweigen der sozialen Versicherungen, die Wiederherstellung der Unfallrente auf Grund der vorkriegsrechtlichen Regelung und unverzügliche Umstellung aller Renten auf Goldmarkbasis, größte Vereinfachung des gesamten Rentenverfahrens zur Erparnis an Verwaltungskosten, die baldige gesetzliche Regelung des Schusses der Bauarbeiter. Demgegenüber beantragten die **Bürgerpartei** und des **Bauernbundes**, die Staatsregierung zu erfragen, bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen auf eine den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßte Höhe der Lohnsätze hinzuwirken und insbesondere die Ausgleiche der Löhne der gleichartigen Arbeitsgruppen zu fördern, ferner beantragten die beiden Parteien, bei der Reichsregierung auf eine zusammenfassende Neueverteilung unter Festlegung gleicher Rechte und Pflichten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuwirken.

Ein Zentrumsabgeordneter kritisierte scharf die Haltung der Regierung **Basille** in sozialpolitischen Fragen. Die Regierung **Basille** nehme eine einseitige Haltung gegenüber der Landwirtschaft ein. Staatsrat **Rau** äußerte starke Bedenken gegenüber dem Antrag **Reil-André-Scheff**. Die Schaffung einer reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung sei zurzeit noch nicht möglich, und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit sei ebenfalls noch nicht spruchreif. Von Rednern des Zentrums wie auch von Rednern der Demokraten und Sozialdemokraten wurde verlangt, daß die Regierung die im Antrag niedergelegten sozialpolitischen Forderungen verständnisvoll behandeln müsse und schließlich beschloffen, den zuständigen Ressortminister, Staatspräsident **Basille**, zu erfragen, selbst an den Verhandlungen des Ausschusses teilzunehmen. **Basille**, der hierauf im Ausschusse erschien, erklärte sich grundsätzlich bereit, den Ausschussverhandlungen beizuwohnen, sobald dies der Ausschuss ver-

lange. Schließlich machte Bogille geltend, daß der gemeinsame Antrag Andre-Reil-Scheff für die Regierung im jetzigen Augenblick nicht annehmbar sei. Alle diese Fragen bedürften einer eingehenden Beratung durch das Staatsministerium. Bei der Abstimmung wurde jedoch der Antrag Andre-Reil-Scheff mit den Stimmen der Sozialdemokratie, der Kommunisten, der Demokraten und des Zentrums gegen die Stimmen der Reichsten und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Der deutsche Außenhandel

Nach einer vorläufigen amtlichen Statistik über den deutschen Außenhandel in den ersten neun Monaten des abgelaufenen Jahres beträgt die deutsche Einfuhr für den genannten Zeitraum rund 6 Milliarden Reichsmark gegenüber rund 4,3 Milliarden Reichsmark Ausfuhr. Für die ersten neun Monate des letzten Jahres ergibt sich also eine Unterbilanz von 1,5 Milliarden. Die entsprechenden Zahlen für die Einfuhr bezw. Ausfuhr im Jahre 1913 übersteigen 8 bzw. 7,5 Milliarden.

Angesichts der jetzigen starken Unterbilanz betonte der Reichswirtschaftsminister in einem Interview, die dringende Notwendigkeit der Wiederherstellung einer aktiven Handelsbilanz und fügte hinzu, daß Einfuhrverbote und ähnliche Zwangsmaßnahmen wirkungslos seien und nicht mehr in die jetzige Gestaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands paßten. Deutschland müsse seine privatwirtschaftliche und volkrechliche Schuldenlast durch Ausfuhr verzinsen und abtragen. Der Londoner Fall bleibe eine Theorie, wenn Deutschland nicht eine wachsende Ausfuhr ermöglicht werde. Es sei die Pflicht aller Unterzeichner des Londoner Pakttes, insbesondere auch der großen Gläubigerstaaten Deutschlands, diesen den Anschluß in die Weltwirtschaft zu ermöglichen. Im übrigen bedeute die Nichterfüllung der Wiener Zone nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich einen schweren Schaden für Deutschland.

Die Berliner Finanzskandale

Entgegen Blättermeldungen wird jetzt berichtet, daß das Verfahren der Brüder Barmat noch nicht begonnen hat. Zunächst sollen die Aussagen der Unterdirektoren des Konzerns gehört werden. Wie weiter gemeldet wird, wird in der Angelegenheit Kautzler heute mit der richterlichen Vernehmung der beiden Söhne des Generaldirektors Kautzler und des Privatisten Bley begonnen werden. Wie das „V. L.“ meldet, ist der verhaftete Produzent der Kaffee „H. G.“, Fritz Wolff, aus der Haft entlassen worden. Der 73jährige Bankier Friedländer und seine Gattin haben Doppelselbstmord begangen, der in der Hauptsache auf die Verhaftung des Produzenten Wolff, eines Stiefsohnes Friedländers, zurückzuführen ist.

Lloyd George für den Liberalismus

Lloyd George erklärte in einer Rede im National Liberal Club in London, in der er für eine gemeinsame Anstrengung zur Wiederherstellung des Einflusses und der Macht des Liberalismus eintrat, die liberalen Parteien hätten, obwohl sie in allen Ländern Westeuropas in der Minderheit seien, ihr Land vor Katastrophen bewahrt. Wenn man sich die Mühe nähme, die Entwicklung in Deutschland eingehend zu studieren, so werde man sehen, daß die langsame, aber sichere Verhinderung Deutschlands zurückzuführen sei auf den Einfluß des deutschen Liberalismus, der ruhig und klar für Gerechtigkeit, den Fortschritt und für den Frieden eingetreten sei. Derselbe Beobachtung lasse sich in Frankreich machen. Der Militarismus Poincarés habe rasch Verhältnisse geschaffen, die unermesslich zu einem neuen großen Krieg geführt haben würden. Nichts hätte ihn abwenden können, ausgenommen möglicherweise eine Revolution in Frankreich, die keineswegs unwahrscheinlich gewesen sei infolge der Forderung der französischen Finanzen durch die unkluge und unbesonnene Politik. In Italien habe die Aktion der Faschisten tatsächlich den Sturz der konstitutionellen Demokratie bedeutet. Der Liberalismus sei die einzige Hoffnung Italiens. In Spanien, so schloß Lloyd George, habe keine liberale Partei. Not und Weh standen dort einander in roher Wildheit gegenüber. Dieser Zustand sei auch der Traum der Konservativen wie der Sozialisten in England. Die Nation könne nur vom Unheil gerettet werden, wenn der Liberalismus seine frühere Stellung im Gewissen des Volkes wieder erlangt.

Regierungsbildung in Italien

Die andauernde italienische Regierungskrise hat jetzt zum Austritt aller liberalen Minister und Unterstaatssekretäre geführt. Die Mussolini ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt haben. Daraufhin hat der König den faschistischen Kammerpräsidenten Rocca zum Justizminister, den Abg. Delede zum Unterrichtsminister und den Abg. Giuriani, den gegenwärtigen Minister ohne Portefeuille, zum Minister für die öffentlichen Arbeiten ernannt. Die Minister leisteten bereits dem König durch Handschlag den Eid.

Kurze Nachrichten

Dem Reichspräsidenten gehen anlässlich des Magdeburger Urteils fünfzig Aufschriften und Kundgebungen von öffentlichen Körperschaften usw. zu. Außerdem den bereits erwähnten Landesregierungen übermittelte auch die schaumbrunnensche Landesregierung dem Reichspräsidenten eine Vertrauenserkundung.

Gedächtnisfeier für Veltjerich. Die deutschnationale Reichstagsfraktion beantragte am Montag in ihrem Fraktionszimmer im Reichstag eine Gedächtnisfeier für Dr. Veltjerich. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden, Abg. Schiele, wurde eine Bronzebüste Veltjerichs enthüllt.

Die deutsche Reichstagsabgeordnete Ruth Fischer und der Kommunist Hans Neumann wurden in Wien freigeschlossen und polizeilich nach Deutschland abgeschoben.

Für ein neues Beamtenrecht. Die demokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag auf Schaffung eines neuen Beamtenrechts und auf Aufhebung des Befehlsherrengesetzes eingebracht.

Die Annahme des bayerischen Konfessionsgesetzes. Wie die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ meldet, dürfte die Erledigung der Konfessionsverhandlungen keine großen Schwierigkeiten mehr verursachen. Zwischen der bayerischen Regierung und den Konfessionsparteien ist ein Übereinkommen dahin erzielt worden, daß die wesentlichen Bedenken, die gegen das Konfessionsgesetz erhoben worden sind, in geschlichteter Form beseitigt werden sollen.

Elisabeth v. Seyling †. In Berlin ist die bekannte Schriftstellerin Elisabeth v. Seyling an einem Schlaganfall gestorben.

Rabatisch verhaftet. In Agron wurde der Führer der kroatischen Bauernpartei, Stefan Rabitsch verhaftet. Rabitsch wurde im Hause seines Schwagers Rostitsch in einem durch eine Doppelmauer abgegrenzten Räume aufgefunden, worin sich auch ein geheimes Archiv befand.

Der neuernannte französische Vizekonsul für Solingen, Jean Perrette, wird nach dem „Reichsboten“ heute Dienstag abend seine Reise nach Moskau antreten.

Badischer Teil

Landratsbesprechungen

Für den Landeskommissariatsbezirk Konstanz fand am 5. Januar in Konstanz eine Konferenz der Landräte statt, an welcher auch der Minister des Innern, Kemmele, und Ministerialdirektor Peers teilnahmen. Die Konferenz beschäftigte sich u. a. mit Fragen der Bezirksfürsorgeverbände, Automobilverkehr an Sonntagen, Vereinfachung der Staatsverwaltung, Einteilung der Gewerbeaufsichtsbezirke.

Minister Kemmele erörterte schließlich die Probleme des Beamtenabbaues, seine Einstellung zu den den Beamten obliegenden Dienstpflichten, wobei er den Mangel an gehobenen Stellen in der Verwaltung sehr beklagte. Die Steuer- und Umlagepolitik im Zusammenhang mit der Wirtschaftslage wurde gleichfalls einer Betrachtung unterzogen.

Die Herren Landräte waren für die über verschiedene politische Probleme erhaltenen Aufklärungen dankbar, was in dem vorgebrachten Verlangen zum Ausdruck kam, solche Unterhaltungen öfters zu erhalten.

Kommunale Rundschau

Die Tarifverträge für die Arbeiter der Deutschen kommunalen Verwaltungen

Die Deutschen kommunalen Verwaltungen — Städte, Landkreise, Landgemeinden, Provinziale und sonstige Verwaltungen — sind in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber seit 1920 in kommunalen Landes- und Provinzialarbeiterverbänden bezirksweise zusammengeschlossen und durch diesen in Reichsarbeiterverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände (Eich Berlin), vereinigt.

Der Reichsarbeiterverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände hat zentral mit den zuständigen Gewerkschaften besondere Reichsmanteltarifverträge (RMV) und RMV-Strahnenabho) abgeschlossen, die die allgemeinen Arbeitsbedingungen für die Gemeindearbeiter, einschließlich des Erziehungspersonals, aller angeschlossenen kommunalen Verwaltungen des Deutschen Reiches regeln. Arbeitszeit, Dienstverpflichtung, Überstunden, Arbeitsverhältnis, Urlaub, Bodenfeiertagsarbeit, Krankenlohn usw.), sowie allgemeine Bestimmungen über Entlohnung und Lohnaufschläge enthalten.

Die Lohnstarifverträge und Lohnsätze werden nicht zentral, sondern bezirksweise, d. h. durch die kommunalen Landes- und Provinzialarbeiterverbände selbständig vereinbart. Der Reichsarbeiterverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände ist hierbei lediglich lohnpolitisch Richtungweisend.

Die jetzt von der Reichsregierung geforderten Mantel- und Lohnstarifverträge für die Arbeiter der Reichsbetriebe- und Verwaltungen gelten nicht für kommunale Arbeiter. Die Stadt Berlin gehört ebenfalls der Reichsorganisation der kommunalen Arbeiter Deutscher Gemeinden an und hat mit den zuständigen Tarifverträgen der Reichsarbeiter nichts zu tun. Über Einzelheiten des kommunalen Tarifvertragsrechtes unterrichten die von der Reichsgewerkschaft Berlin B 50, Kurfürstendamm 237, IV, herausgegebenen einschlägigen Drucksachen.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater (Konzerthaus). Auch die Eröffnung des Lustspiels „Liebsträumen“ von Heinrich Heine erwieh sich als ein guter Erfolg unserer Theaterleitung. Das Stück hat seine Qualitäten und wird auch Besucher mit literarischen Ansprüchen interessieren. Die Sonntagslufführung, die unter der Leitung von Fritz Herz stand, nahm einen vorzüglichen Verlauf. Das ist in erster Linie der Darstellung zu danken, die diesmal auch nicht in einem Punkte zu irgendwelchen kritischen Bemerkungen herausforderte. Besonders Lob verdient Herr Kloebe, der sich immer mehr und mehr als ein hervorragendes darstellerisches Kraft erweist und für das Lustspiel geradezu unentbehrlich ist. Ganz ausgezeichnet war auch wieder Frä. Berkow, der man nur wünschen kann, daß ihre eminente schauspielerische Begabung recht häufig zum Besten des Theaters verwertet wird. Ferner seien Frä. Clement, Herr Müller und Herr Gemmeke lobend erwähnt.

„Kriminalassistent Schmidt“ nannte sich ein Betrüger, der am 27. Dezember 1924 nachmittags gegen 12½ Uhr in der Nähe des Postfachamts München einen 15 Jahre alten Lehrling kurz vorher beim Postfachamt abgehobene 300 Mark mit der Bemerkung abnahm, es sei auf sie ein Raubüberfall geplant, das Geld müsse geteilt werden, sie könne es sofort im Zimmer 217 der Abteilung Ia der Polizeidirektion wieder in Empfang nehmen. Der Betrüger ist ungefähr 25 bis 30 Jahre alt, 160 bis 165 Zentimeter groß, schlank, mager, bartlos, hat gelbes Haar, trägt graue Ober- und Unterhosen, grauen Sportanzug, Badenstrümpfe und sprach bayerischer Mundart. In einem anderen Falle sprach der Betrüger am 24. Dezember 1924 vormittags gegen 10½ Uhr in der Sonnenstraße einen 11 Jahre alten Jungen, der auch kurz vorher 200 Mark beim Postfachamt abgehoben hatte, an und fragte ihn, ob er ihm 100 Mark wechseln könne. Der Junge kam dem Erluchen nach, erhielt aber für sein Kettengeld einen bayerischen Hundertmarkschein vom 1. Januar 1923. Auch in diesem Falle wird der Täter ähnlich, wie oben beschrieben, nur trägt er grauen Filzhut und braunen Mantel und soll rote Fäden im Gesicht haben. Offenbar handelt es sich um einen gewohnheitsmäßigen Betrüger, der versuchen wird, in den anderen Orten sein unaufrichtiges Handwerk zu betreiben, weshalb vor ihm gewarnt wird.

Großfeuer in der Linoleumfabrik Maximiliansau. Montag abend gegen 8 Uhr brach in der Linoleumfabrik in Maximiliansau (gegenüber Maxau) auf der pfälzischen Rheinseite aus bisher noch nicht genau festgestellter Ursache (vermutlich Selbstzündung) Feuer aus, das auf die anstehenden Bauarbeiten schnell übergriff. Dank den Vermittlungen der Feuerwehren aus der nächsten Umgebung, sowie aus Karlsruhe und Landau, die schließlich mit 25 Motoren den Brand bekämpften, konnte gegen Mitternacht das Feuer totalisiert werden, so daß das neue Verwaltungsgebäude und ein erheblicher Teil der Fabrikationsbauten unterseht blieb. Das Gebäudeteil ist die eine der beiden Dendereien, ferner ein Maschinenwerk mit dem dazu gehörigen Maschinen und Trockenhaus, sowie ein Teil der Fabrikationsanlage. Gegen 12 Uhr rüdte die Gefahr des weiteren Umfanges ab und der Brand so gut wie gelöscht, so daß die Wehren von Karlsruhe und Landau abrücken konnten. — Wie von der Direktion des Werkes mitgeteilt wird, ist nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der eigentlichen Fabrikationsanlagen, die aus technischer

Gründen schon bei der Anlage in ziemlicher Entfernung voneinander erbaut worden waren, zerstört worden. Der ganze Schaden an Mobiliar und Immobilien ist in vollem Umfange durch Versicherung gedeckt, und der Betrieb wird schon in den nächsten Tagen in vollem Umfange wieder aufgenommen werden können. An Rohmaterialien und Fertigfabrikaten ist nur ein geringer Teil des Gesamtbestandes verbrannt, nämlich die Borräte im Trockenhaus und die Fabrikation des letzten Lages.

Zu dem Drama in Teufelshaut konnte man in Erfahrung bringen, daß der Schwiegervater des Red. der „Rufener Post“, in Lebensgefahr schwebt. Dagegen gibt der Zustand des Sohnes und des Täters Red. zu Befürchtungen keinen Anlaß. Letztere wird als ein sehr leicht erregbarer Mensch geschilbert, der schon öfters mit seiner Frau Streit hatte. Er ist erst kürzlich zugezogen.

Landestheater. Peter Cornelius' zweiaktige komische Oper „Der Barbier von Bagdad“, die sich zurzeit in Vorbereitung befindet, gelangt am Sonntag, dem 25. Januar in völliger Neueinstudierung und Neuinszenierung zur Aufführung in Verbindung mit Hermann Nohls einaktiger Ballettpantomime „Pierrots Sommernacht“, welche letztere damit zum erstenmal im Spielplan des Bad. Landestheaters erscheint.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Schulen. Prof. Hans Joachim Wosten in Halle hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Musikwissenschaft an der Universität Heidelberg angenommen.

D. B. Forstheim, 5. Jan. Als am Samstag abend nach Geschäftsschluss ein Angestellter der Firma Pfannkuch die Tageseinnahme der Filiale vom Bestandsplatz nach der Hauptbuchungsstelle (Filiale am Markt) verbrängen wollte, wurde er im Hausflur von einem jungen Menschen angefallen, der ihm das Geldsäckchen mit ungefähr 600 Mark Inhalt zu entreißen versuchte. Der Angegriffene mit Namen Giltner setzte sich kräftig zur Wehr, worauf der Täter einen Revolver schuß abfeuerte, glücklicherweise ohne jemanden zu treffen. Auf den Lärm eilten Leute herbei, die den Burken festnahmen und der Polizei auslieferten. Es handelt sich um den 20 Jahre alten Kaufmann Anton Michalski aus Halle, der im Spätsommer auf kurze Zeit bei der Firma Pfannkuch beschäftigt war.

D. B. Ahausen, 5. Jan. Gestern Abend gegen 7 Uhr entstand in der freistehenden und modern eingerichteten Scheune des Landwirts August Schellinger zur unteren Mühle Feuer, das die Scheune total einäscherte. Die gesamten Heu- und Strohborräte verbrannten. Da in die Scheune auch die Stalungen eingebaut waren, ist fast der gesamte Viehbestand dem Feuer zum Opfer gefallen. 16 Stück Vieh sind mitverbrannt. Das gesamte landwirtschaftliche Inventar an Maschinen usw. ist vernichtet. Über die Ursache des Brandes ist folgendes bekannt: Der 23jährige Knecht des Mülhohfes, eine Zigarre rauchend, vom Heutod Heu herunter, dabei fiel ihm der Zigarettenstummel aus dem Munde. Trotz eifrigsten Suchens konnte der leichtsinnige Knecht den Zigarettenstumpfen nicht mehr finden. Ohne jemanden ein Wort zu sagen, entfernte er sich. Das Heu entzündete sich inzwischen an der Zigarettenstumpfen.

D. B. Trüben, 5. Jan. Oberhalb Forstberg brach in dem nachmittags um 6.27 Uhr in Trüben eintreffenden Schnellzug plötzlich ein Brand aus. Eine Wagenverbindung, eine sogenannte Harmonika, des 1. Wagens war durch Funken der Lokomotive in Brand geraten, und die Flammen drohten sich rasch weiter zu entwickeln. Die Reisenden zogen die Notbremse und der Zug kam kurz vor Eingang ins Rehr-Tunnel bei der Glasröhre in voller Fahrt schon auf 25 Meter zum Stehen. Vom Zugpersonal konnte der Brand alsbald gelöscht werden.

D. B. Waldkirch, 5. Jan. Hier starb der aus Stenbach gebürtige Professor Albert Abbe, der seine Schuljahre in Waldkirch verbrachte und später nach Amerika auswanderte. Auf Grund seiner Forschungen und Entdeckungen auf naturwissenschaftlichem Gebiet, hauptsächlich auf dem Gebiete der Schädigungsbeurteilung wurde Abbe von der nordamerikanischen Staatsregierung eine Professur an einer landwirtschaftlichen Anstalt übertragen. Abbe trat 1908 in den Ruhestand und lebte mit seiner Frau nach Waldkirch zurück, wo er seinen Lebensabend verbrachte.

D. B. Redersheim, 6. Jan. In der hiesigen Stadt grassiert die Grippe sehr stark. Es gibt fast kein Haus, in dem nicht eine kranke Person zu finden ist.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. Jan.		5. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.19	170.61	170.14	170.56
Kopenhagen 100 Kr.	74.36	74.54	74.26	74.44
Italien . . . 100 L.	17.67	17.71	17.78	17.82
London . . . 1 Pf.	19.98	20.03	20.01	20.03
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.56	22.62	22.75	22.81
Schweiz . . . 100 Fr.	81.74	81.54	81.81	82.01
Wien 100 000 Kr.	5.90	5.92	5.90	5.92
Brug . . . 100 Kr.	12.64	12.68	12.63	12.67

Beitstellung überall 100 Prozent

Umfang des Verkehrs beim Postfachamt Karlsruhe. Zahl der Postfachkunden Ende Dezember 40 290 (Ende November 40 130, mithin Zugang im Dezember 160). Auf den Konten sind im Dezember ausgeführt 1 018 708 Gutschriften über 180 689 142 RM., 817 945 Postschriften über 185 745 266 RM. Somit Umsatz 1 896 653 Buchungen über 375 434 408 RM. Davon sind bargeldlos beglichen 298 867 207 RM.

Verschiedenes

220 Kilometer in der Stunde

Am Sonntag hat das unter Führung des Flugzeugführers Hans zwischen Hannover und Berlin herrschende Dunstflugzeug die 260 Kilometer lange Strecke Hannover-Berlin in einer Rekordzeit von 70 Minuten zurückgelegt. Bei normalen Witterungsverhältnissen beträgt die Flugzeit 2 Stunden. Die erzielte Geschwindigkeit bedeutet eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 220 Kilometer die Stunde.

Malariaepidemie auf Java

W.D. Amsterdam, 5. Jan. Wie die Blätter aus Niederländisch-Indien berichten, ist auf der Insel Java in der Residenschaft Soerabaja eine Malaria-Epidemie ausgebrochen, der bereits 1000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Bücheranzeigen

Die Geburt der modernen Mathematik. Historisches und Grundrissliches. II. Die Infinitesimalrechnung. Von Oberstudienrat Dr. S. Wieleitner. (Wissen und Wirken Bd. 13.) Karlsruhe 1924. Verlag G. Braun & Co. h. S., Preis 1 Mark.

Nachdem im ersten Bändchen (Wissen und Wirken Bd. 12) geschildert worden war, wie zu Anfang des 17. Jahrhunderts Fermat und Descartes die analytische Geometrie aufbauten, wird hier versucht, dem Leser eine Vorstellung von den Grundbegriffen und der Entstehung der Differential- und Integralrechnung zu geben. Zuerst wird gezeigt, wie das Unendliche schon in der Elementarmathematik auftritt. Die verschiedenen Fälle werden an einfachen Beispielen ausführlich durchgerechnet, wobei vor allem auf strenge Heransarbeitung des Grenzbegriffs Wert gelegt wird. Die Beispiele leiten allmählich zum Begriffe der Integration, d. i. der Berechnung eines Inhaltes durch Summierung von unendlich vielen, unendlich kleinen Teilchen. Ganz verschiedenartige Beispiele führen auf ein und dieselbe Formel. Um von da zu einer Methode zu kommen, ist aber noch die Umkehrung des Integrationsverfahrens, die Differentialrechnung, zu betrachten, die nicht wie jenes schon im Altertum vorbereitet war, sondern an die analytische Geometrie anknüpfte. Leibniz und Newton haben gleichzeitig um 1670 diese Methode geschaffen. Deren beider Verdienste werden gegeneinander abgemessen. Der Zusammenhang mit Leibnizens führender Metaphysik tritt klar hervor. Den Schluß bildet die Darlegung, wie die Infinitesimalrechnung die Grundlage bildet für jede exakte Naturforschung.

Deutsche Handelspolitik. Ihre Geschichte, Ziele und Mittel. Eine Einführung von Prof. Dr. Th. Plant. (B. G. Teubner, Leipzig). — Das Buch von Levy will ein Wegweiser in die Zukunft der Weltwirtschaft sein. Es versucht die Struktur der Weltwirtschaft klarzulegen und die Gesetzmäßigkeit des Weltwirtschaftslebens zu erklären. Es zeigt, wie die Weltwirtschaft geworden ist, welches ihre persönlichen Elemente und ihre sachlichen Voraussetzungen sind und wie der Weltkrieg auf sie eingewirkt hat. Dabei werden vor allem die Stufen der Volkswirtschaften — ihr Aufbau als Rohstoff- und Nahrungsmittelherzeuger, als Fabrikland, als Handels- und Schiffsfahrtsmacht — genau dargelegt, die einzelnen weltwirtschaftlich wichtigen Produktionszweige, ihre Bedeutung und Zukunftsaussichten erörtert und der Einfluß der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder auf die Entwicklung der Weltwirtschaft behandelt.

Das Buch von Plant will in die Elemente und gegenwärtig aktuellen Fragen der Handelspolitik in einer auch dem Laien zugänglichen Form einführen. Nach einer kurzen historischen Grundlegung werden vor allem die Probleme der Kriegs- und Nachkriegszeit behandelt, so die Wirkung des Vertrages von Versailles, die Frage des Dumping, des Währungsverfalls in der Handelspolitik usw. Aber auch die Bedeutung der neuesten Tatbestände: der französischen Wahlen vom 11. Mai, des Dawes- und des R. Kennanberichtes wird, soweit das heute schon möglich ist, kurz erläutert. Ebenso wird u. a. der vollständige Wortlaut des Deutsch-amerikanischen Handelsvertrages mitgeteilt. Stellt so das Buch vor allem die Tatsachen in den Vordergrund, so werden doch auch wissenschaftliche Problemstellungen erörtert, und es wird der Versuch gemacht, sie einer Lösung entgegenzuführen.

Staatsanzeiger

Mit Entschliebung vom 28. Oktober 1924 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarckung Stallegg mit der Gemeinde Gösweiler (Amtsbezirk Neustadt i. Schw.) mit Wirkung vom 1. Januar 1925 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtskräftig. Karlsruhe, den 29. Dezember 1924. Der Minister des Innern J. B. Keers.

Bekanntmachung

Die Vereinigung der abgeordneten Gemarckung Schwabenheim mit der Gemeinde Döflein.

Mit Entschliebung vom 21. Oktober 1924 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarckung Schwabenheim mit der Gemeinde Döflein (Amtsbezirk Heidelberg) mit Wirkung vom 1. Januar 1925 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtskräftig. Karlsruhe, den 2. Januar 1925. Der Minister des Innern K. M. M. M.

Die Abgrenzung der Bezirke der Handelskammern.

Auf Grund des Artikels 2 des Handelskammergesetzes wird die Sabung der Handelskammer für den Amtsbezirk Forzheim vom 13. Januar 1880 in der Fassung vom 28. Oktober 1920 wie folgt geändert:

§ 1. Die auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes über die Handelskammern vom 11. Dezember 1878 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. XXX Seite 229) für den Amtsbezirk Forzheim mit Entschliebung des damaligen bairischen Handelsministeriums vom 13. Januar 1880 errichtete Handelskammer umfaßt den Amtsbezirk Forzheim mit Ausnahme der Gemeinden Königsbach, Singen und Wilsferdingen.

§ 2. Die Zahl der Mitglieder der Handelskammer beträgt 24, wovon aus der Zahl der der Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie angehörenden Wahlberechtigten 12, aus der Zahl der der anderen Industriezweige angehörenden Wahlberechtigten 5 und aus der Zahl der Wahlberechtigten des Handelsstandes 7 zu wählen sind.

§ 3. Die Kosten der Handelskammer sind, soweit deren sonstige Einnahmen nicht hinreichen, nach Maßgabe des Artikels 23 des obengenannten Gesetzes umzulagen. Karlsruhe, den 2. Januar 1925. Der Minister des Innern K. M. M. M.

Der zwischen der abgeordneten Gemarckung Schloß Dausen und der Gemeinde Hausen im Tal, Amtsbezirk Melsbach abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarckung mit der Gemeinde Hausen im Tal mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 wurde die staatliche Genehmigung erteilt. Karlsruhe, den 29. Dezember 1924. Der Minister des Innern K. M. M. M.

Bekanntmachung

Die Vereinigung der abgeordneten Gemarckung Berchtesgaden mit der Gemeinde Bergschöningen.

Mit Entschliebung vom 15. November 1924 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarckung Berchtesgaden mit dem Hauptort Bergschöningen der Gesamtgemeinde gleichen Namens (Amtsbezirk Waldsüt) mit Wirkung vom 1. Januar 1925 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtskräftig. Karlsruhe, den 29. Dezember 1924. Der Minister des Innern K. M. M. M.

Bekanntmachung

Aufträge zur Grunderwerbsteuer.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über die Grunderwerbsteuer vom 22. Juli 1920 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 427) wird angeordnet, daß die in § 3 Ziffer 7 des genannten Gesetzes vorgeschriebene Mitteilung in Zukunft nur noch dem Landesfinanzamt Karlsruhe zu machen ist. Karlsruhe, den 29. Dezember 1924. Der Finanzminister i. V. S. S. S. S.

Bekanntmachung

Die Staatsärztliche Prüfung.

Dr. Anton Vell in Singen a. El. und Dr. Wilh. Frey in Engen haben sich der Prüfung für Staatsärzte unterworfen und sind für bestanden erklärt worden. Karlsruhe, den 30. Dezember 1924. Der Minister des Innern K. M. M. M.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der ständigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Auf Ansuchen des einwilligen Ruhestand versetzt: Regierungsrat Gustav Meyer beim Bezirksamt Engen. In den Ruhestand versetzt: Pflegerin Helene Köhler bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Ministerium der Finanzen. Von den Prüfungen, die sich der Obersekretärprüfung 1924 in der Zeit vom 1. bis 5. Dezember d. J. unterzogen haben, werden für bestanden erklärt:

Enzenroth Georg, Finanzsekretär von Karlsruhe, Graf Erwin, Finanzgehilfe von Wiesbaden, Haller Josef, Finanzgehilfe von Weersburg, Ranzger Johann, Finanzgehilfe von Lahr, Rißel Hans, Finanzgehilfe von Bruchsal, Lang August, Verwaltungsobersekretär von Offenburg, Beng Karl, Finanzgehilfe von Schminzack, Wolf Fritz, Finanzgehilfe von Offenburg, Schmidt Walter, Finanzgehilfe von Karlsruhe, Schred Josef, Finanzgehilfe von Weisbaden, Wieser Karl, Finanzgehilfe von Freiburg.

Entlassen auf Ansuchen: Finanzassistentin Luise Nebelsperger beim Domänenamt Offenburg. In den einwilligen Ruhestand versetzt: Finanzinspektor Albert Rinnebach beim Domänenamt in Baden-Baden.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 17. Januar. 7-10 Uhr. Mk. 4.50. E 13. Th.-Gem. 1001-1300, 2101-2300. In der Neueinstudierung.

Clavigo. Vorher: Die Geschwister.

Carl August Nietzen & Co. liefern alle Sorten. Ruhrkohlen, Nuß- und Anthracitkohlen Koks für Zentralheizungen u. Hausbrand. Grudekoks. Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts. Brennholz. Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6. Fernsprecher 982 und 5165. Stadtbüro: Kaiserstraße 118, Fernsprecher 5506. D. 790.

3-5 Mark Tagesverdienst

erzielen Damen sowie Herren durch äußerst angenehme, leichte Heimarbeit d. täglich 2 Stunden, ohne besondern Raum zc. Nach entspr. Bewerber erhalten ausführliche Anleitungs-Broschüre zum Selbstkostenpreis von 60 Pfg. durch die Industrie-Gesellschaft m. b. H. Dresden N 3, Buchenstraße 5. D. 916.

Bezirksvertreter

für weltbekannte Zigarettenmarke (Kryaz) gesucht. Bewerbungen nur wirklich sehr gut eingeführter Herren mit Referenzen und Lichtbild erbeten unter D. 911 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Gesügelcholera betr.

Das Bezirksamt Forzheim hat das Verbot der Ausfuhr und des Durchtreibens von Geflügel, sowie des Abhaltens von Geflügelmärkten und Geflügelstellungen in der Stadt Forzheim aufgehoben. Verboten ist noch bis auf weiteres der Ausfuhrhandel mit Geflügel im ganzen Amtsbezirk Forzheim. Karlsruhe, den 3. Januar 1925. D. B. 1. Bezirksamt Abt. II b.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie

Herausgeg. und eingeleitet von Professor Karl Diehl und Professor Paul Wombert.

Vd. I: Lehre vom Geld, I. Vd. II: Der Arbeitslohn. Vd. III: Von der Fremdwerte. Vd. IV: Wert u. Preis, I. Vd. V: Wert u. Preis, II. Vd. VI: Bevölkerungslehre. Vd. VII: Wirtschaftskrisen. Vd. VIII: Kapitalismus und Unternehmerrisiko. Vd. IX: Freihandel und Schutzzoll. Vd. X: Lehre vom Geld, II. Vd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus. Vd. XIII: Grundzüge der Besteuerung. Vd. XIV: Sozialpolitik. Vd. XV: Kapital u. Kapitalismus. Vd. XVI: Staatsschuldenproblem.

Verlag G. Braun, Karlsruhe Karlsruherstr. 14.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

§ 867. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Freihandels-Gesellschaft m. b. H. in Offenburg wird gemäß § 93 R. O. am Freitag, den 16. Januar 1925, vormittags 10 Uhr, eine allgemeine Gläubigerversammlung einberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Entgegennahme des Geschäftsberichts des Konkursverwalters, über den Stand des Konkurses, 2. Beschwerden gegen die Geschäftsführung d. Konkursverwalters.

Offenburg, 2. Jan. 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

3. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

4. Wahl eines Gläubigerausschusses an Stelle des ausgeschiedenen Mitglieds Redakteur Huber hier. Offenburg, 20. Dez. 1924. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts I.

Konkursverfahren.

§ 868. Offenburg. Über das Vermögen des Albert Silberer Windfaden und Hans en gros in Offenburg wurde heute am 2. Januar 1925, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Gustav Martin in Offenburg wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 23. Januar 1925 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Samstag, 31. Januar 1925, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden, in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. Januar 1925 Anzeige zu machen.

Offenburg, 2. Jan. 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Stadtbaumeister.

Die neugeschaffene Stelle eines Stadtbaumeisters der Stadtgemeinde Neustadt im Schwarzwald, die in Gruppe 9 eingereicht wird, ist zu besetzen. Es kommen nur Herren aus der Zahl der staatlich geprüften Baumeister in Betracht, die noch etwas Kenntnisse in der Tiefbautechnik besitzen. 2.915 Bewerber, die diesen Bedingungen entsprechen, wollen ihre Gesuche innerhalb 14 Tagen unter Anschließ der erforderlichen Zeugnisse beim Gemeinderat hier einreichen. Neustadt i. Schwarzwald, den 3. Januar 1925. Der Gemeinderat.

Ruhholzversteigerung

des staatlichen Forstamtes Baden am Montag, den 19. Januar 1925, 10 Uhr vormittags beginnend, im Gasthaus zum Stern in Baden-Weiß, Rheinstraße. Etwa 200 Fm. Eichen I.-VI. Klasse, 50 Fm. Rotbuchen II.-V. Klasse und 100 Fm. Nadelholz aller Klassen aus Abt. I 1 A/B Söfenruhe, I 4 Kalkofenrain, I 5 Ritterbach, II 9 Wilsdorf, II 10 Nadelberg und III 4 Dürrenberg. Das Holz zeigt vor: In Distrikt I Forstwart Holz-Baden, II Förster Klumpen-Ebersteinburg, III Herrmann-Kuppenheim. Losverzeichnisse und nähere Auskunft durch das Forstamt, Schloßstraße 2, Telefon 1005. § 864.

Buchenschnitte und Buchenschwellen.

Das Forstamt Gerrenwies in Forbach (Baden) verkauft freihändig auf dem Stod 400 Fm. Buchenschnitte vorwiegend III. u. IV. Kl. und 300 Fm. Buchenschwellen vorwiegend I. Kl. Angebote bis Dienstag, den 20. Januar erbeten.

Die Siebe sind soweit fertig

gestellt, daß mit den Überweisungen unmittelbar nach dem Verkaufstermin begonnen werden kann. Losverzeichnisse und nähere Auskunft durch das Forstamt. § 865.

Das Forstamt Karlsruhe

Hardt versteigert aus Staatswald Hardtwald 1. am Montag, den 12. Januar 1925, vormittags 9 Uhr, im Schützenhaus bei Karlsruhe aus Abteilungen VII 1, 2, 4, 17 (Bachtal) und II 7, 25: 19 Sterbuchen, 3 Stereichen, 360 Ster forlenes Brennholz, Förster A. Borel in Welschneureut zeigt das Holz vor. Aus dem Baumwald: Die Stammholznummern 108 bis 111, 122-148, 151, 152, 154, 155, 198-202, 221-339 mit 6 Eichen II., III., V., VI. Kl. = 3,21 Fm., 1 Buche V. = 0,15 Fm., 94 Fichten II.-VI. Kl. = 29 Fm., 41 Fichten I.-III. Kl. = 30,88 Fm., 5 Hainbuchen IV.-V. Kl. = 145 Fm., 6 Kiefer V. bis VI. Kl. = 1,95 Fm. und aus den Abteilungen I 1 b, 6, 8, 9: 7 Kasten, 239 Kastenstangen I.-IV. Kl., 75 Reb- und Bohnensteden. Forstwart Bänder in Welschneureut zeigt das Holz vor.

2. am Dienstag, den 13. Januar 1925, vormittags 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Stern in Sagsfeld aus Abteilungen IV 2, 3, 4, 5, 6: 15 Ster Laubholz, 158 Ster forlenes Brennholz, Förster E. Heß im Forsthaus zeigt das Holz vor.

3. am Dienstag, den 13. Januar 1925, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Stern in Sagsfeld aus Abteilungen III 15: 19 Sterbuchen, 376 Ster forlenes Brennholz, Förster Junf in Sagsfeld zeigt das Holz vor.

4. am Mittwoch, den 14. Januar 1925, vormittags 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Stern in Sagsfeld aus Abteilungen V 6a, 6b, 13b: 820 Ster forlenes Brennholz. Die Förster Borel und Herlan in Friedrichstal zeigen das Holz vor. — Sämtliches Forstbrennholz ist für Bäder geeignet.

Die Bauarbeiten, nämlich die Erd- und Maurerarbeiten, Kunststein, Zimmer, Schmiede, Blech- und Dachdeckerarbeiten für eine Wagenwerkstätte im neuen Ortsbürgerhaus in Engen (Hohentwiel) sollen öffentlich vergeben werden. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen an Werktagen bei der Bauinspektion in Engen und auf unserem Hochbaubüro in Konstanz zur Einsicht auf, wofür auch die Angebotsvordrucke gegen Vergütung abgegeben werden. Die Angebote sind verschlossen und postfrei mitentsprechender Aufschrift versehen, bis Samstag, den 17. Januar 1925, vormittags 9 Uhr, bei der unterzeichneten Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Konstanz, 30. Dez. 1924. Bahninspektion. § 788.

§ 789. 1014 Gemeinamer

Binnenrat der Deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft (bairische Nebenbahnen) Nr. 1. Der 2. und 3. Absatz des Vorworts zum vorbezeichneten Tarif erhält mit sofortiger Gültigkeit folgenden Wortlaut: „Änderungen und Ergänzungen des Tarifs werden in der Karlsruher Zeitung und in dem Tarif- und Verkehrsanzeiger der Reichsbahndirektion Karlsruhe und der bairischen Nebenbahnen im Privatbetrieb veröffentlicht. Für die Gültigkeit der Tarifmaßnahmen ist lediglich die Karlsruher Zeitung entscheidend. § 911 Berlin, 2. Januar 1925. Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft A.-G. Stadtbauinspektion.